



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 21, No. 2/2006

**abgeschlossen am
1. März 2006**

	<u>Seite</u>
1. Kompromiss im Streit um Novellierung des <i>Patriot Act</i>	1
2. Ergänzungshaushalt für den <i>War on Terrorism</i> eingebracht	2
3. Präsident Bush legt Haushaltsentwurf 2007 vor	3
4. Republikanische Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus wählt neuen <i>Majority Leader</i>	4
5. Congress berät über Verschärfung der Verhaltensrichtlinien für seine Mitglieder	5
6. Kontroverse um geheime Abhörpraktiken hält an	6
7. Kritik an geplantem Management von US-Häfen durch <i>DP World</i>	8
8. Hausausschuss kritisiert Katastrophenschutzbehörden	9

1. Kompromiss im Streit um Novellierung des *Patriot Act*

Im Streit um die Verlängerung des auslaufenden Sicherheitsgesetzes *Patriot Act* von 2001 haben die republikanischen Kritiker im Senat Mitte Februar 2006 einen Kompromiss mit der Parteiführung um Bill Frist (R-Tenn.) ausgehandelt, der auch von der Administration mitgetragen wird.

Im Januar hatten vier republikanische Senatoren um John E. Sununu (N.H.) zusammen mit der demokratischen Opposition die Verabschiedung der vom Vermittlungsausschuss von Senat und Repräsentantenhaus ausgearbeiteten Gesetzesvorlage blockiert und nur einer kurzfristigen Verlängerung bis 10. März 2006 zugestimmt (vgl. CR 1/2006, S. 5).

Ihre Vorbehalte richteten sich gegen den Missbrauch erweiterter Geheimdienstbefugnisse, die nach den Terroranschlägen von 2001 als Teil des *USA Patriot Act* verabschiedet und zunächst auf fünf Jahre befristet worden waren.

Die unter Sununus Federführung ausgearbeiteten Änderungen sehen vor, dass

- die so genannte „gag order“ bei der Beschlagnahmung von Geschäftsunterlagen im Zuge von Ermittlungen auf ein Jahr begrenzt wird,
- die Empfänger von so genannten *National Security Letters* (NSLs), Anordnungen der Geheimdienste zur Bereitstellung von Beweismitteln ohne Gerichtsbeschluss, die Namen ihrer Rechtsanwälte nicht gegenüber den Behörden offen legen müssen und
- öffentliche Büchereien, die nicht primär Internet-Zugänge anbieten, sondern sich auf die konventionelle Buchausleihe konzentrieren, von Ermittlungen mit Hilfe solcher NSLs ausgenommen bleiben.

Während die große Mehrheit der Demokraten die Zugeständnisse der Administration und der republikanischen Führung im Congress als unzureichend ablehnt, scheint die Verabschiedung der Novelle durch den erzielten Kompromiss gleichwohl gesichert.

Eine Gruppe von Demokraten um Dianne Feinstein (Cal.) und Richard J. Durbin (Ill.), beide Mitglieder des Justizausschusses des Senats, bezeichneten die Änderungen als „substantielle Fortschritte“ und signalisierten ihre Zustimmung zu der Kompromissvorlage.

Aus Gründen der verfahrenstechnischen Einfachheit sollen die Änderungen in einer gesonderten, von Senator Sununu eingebrachten Gesetzesvorlage verabschiedet werden und so die ursprüngliche Novelle nach dem Inkrafttreten korrigieren.

Der Senat hat bereits Mitte Februar 2006 mit 96 gegen 3 Stimmen grünes Licht für die Behandlung der Vorlage Sununus gegeben. Ende Februar wurde der Geschäftsord-

nungsantrag auf Beschränkung der Debatte über die Novelle zum *Patriot Act* mit 69 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die schlussendliche Abstimmung zur Novellierung des *Patriot Act* im Senat ist für Anfang März 2006 angesetzt. Die republikanische Parteiführung des Repräsentantenhauses hat genauso wie Präsident Bush erklärt, dass sie den Kompromiss ohne weitere Änderungen akzeptieren will.

2. Ergänzungshaushalt für den *War on Terrorism* eingebracht

Präsident Bush verlangt vom Congress im Rahmen eines Ergänzungshaushalts zur Verteidigungsbewilligung 2006 (*Fiscal Year 2006 Defense Supplemental*)

- weitere Mittel in Höhe von 72,4 Mrd. USD für den „Krieg gegen den Terrorismus“, die größtenteils zur Befriedung des Iraks und Afghanistans eingesetzt werden sollen.

Bisher wurden nach Berechnungen des *Congressional Budget Office* (CBO) bereits 323 Mrd. USD für die militärischen Interventionen der USA im Irak (seit 2003) und Afghanistan (seit 2001) vom Congress bewilligt.

Rechnet man die nun von George W. Bush geforderten Mittel hinzu, dann werden die USA bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres 395 Mrd. USD für den „war on terrorism“ aufgewendet haben.

Für das Haushaltsjahr 2007, welches rechnungstechnisch am 1. Oktober 2007 beginnt, ist dem Vernehmen nach vom *Office of Management and Budget* im Weißen Haus eine so genannte Platzhalterforderung von 50 Mrd. USD vorgesehen, obwohl allgemein davon ausgegangen wird, dass die für 2006/2007 geschätzten Kriegskosten die bisher eingeplante Summe von 120 Mrd. USD deutlich übersteigen werden.

Die nun vom Präsidenten geforderten Mittel sollen vor allem die laufenden Kosten der US-Militärpräsenz im Irak und in Afghanistan decken, wobei 4 Mrd. als reine Wiederaufbauhilfe für beide Länder eingesetzt werden sollen.

Angesichts der wachsenden überparteilichen Kritik in den USA an der Irakpolitik des Präsidenten (vgl. CR 11-12/2005, S. 4) gibt es zwischenzeitlich Stimmen im Congress, die bezweifeln, dass die von Bush so etikettierten *emergency funds* diesem Kriterium überhaupt entsprechen, ist doch ein Ende der amerikanischen Militärpräsenz im Irak (und in Afghanistan) nicht absehbar.

Gleichzeitig regen sich im Congress jene Stimmen, die eine stärkere Kontrolle über die vom Präsidenten verlangten Zusatzmittel verlangen. „Es gibt einige Dinge (im geforderten Ergänzungshaushalt, die Redaktion), die nicht wie eine Notfallmaßnahme klingen“, so Nita M. Lowry (D-N.Y.), Mitglied des Bewilligungsausschusses im Reprä-

sentantenhaus, im Zusammenhang mit der neuen *Defense Appropriations Supplemental Bill*.

3. Präsident Bush legt Haushaltsentwurf 2007 vor

Präsident Bush hat dem Congress am 6. Februar 2006 seinen Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2007 vorgelegt, das rechnerisch am 1. Oktober 2006 beginnt (und am 30. September 2007 endet). Bushs Haushaltsentwurf

- sieht Gesamtausgaben der amerikanischen Bundesregierung von 2,739 Billionen USD vor und geht von einem Haushaltsdefizit von 354 Mrd. USD aus.

Im laufenden Haushaltsjahr 2006 rechnet das *Office of Management and Budget* (OMB) mit einem Rekorddefizit von 423 Mrd. USD. Bis zum Präsidentschaftswahljahr 2008 soll das Staatsdefizit auf 208 Mrd. USD zurückgeführt werden. Allerdings ist das keinesfalls sicher, zumal George W. Bush die 2001 und 2003 durchgesetzten Steuersenkungen für die nächsten zehn Jahre beibehalten möchte, was wiederum Steuermindereinnahmen des Bundes von über 1,6 Billionen USD bis 2016 zur Folge hätte.

Dem Haushaltsentwurf des Präsidenten für das Jahr 2007 liegt ein angenommenes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 3,3 Prozent und eine prognostizierte Inflationsrate von 2,4 Prozent bei einer geschätzten Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent zugrunde.

Der Präsident will die Ausgaben im Bereich des *discretionary spending* mit Ausnahme der Aufwendungen für die nationale Sicherheit um 14,8 Mrd. USD gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr kürzen. Damit ist jener Teil des amerikanischen Bundeshaushalts gemeint, über den der Congress ohne vorherige gesetzliche Festlegungen uneingeschränkt entscheiden kann. Er soll im Haushaltsjahr 2007 ein Volumen von insgesamt 870 Mrd. USD haben, wobei die Ausgaben vor allem in den Bereichen Landwirtschaft (minus 7 Prozent gegenüber 2006) und Erziehung (minus 2,8 Prozent) gekürzt werden sollen.

Demgegenüber sollen die verteidigungsrelevanten Ausgaben (*defense discretionary spending*) um 6 Prozent gegenüber 2006 steigen. Für das Pentagon verlangt der Präsident vom Congress insgesamt 441,3 Mrd. USD, wobei die Kosten für die laufende Besatzung des Irak und Afghanistan nicht eingeschlossen sind (vgl. Punkt 2). Für die innere Sicherheit (Homeland Security) sind im Haushalt 31 Mrd. USD vorgesehen, eine Steigerung von etwa 1,3 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Auch die Forschungsförderung (*National Institutes of Health, National Science Foundation*) soll um 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht werden.

Im Bereich des *mandatory spending*, also jenen Ausgaben, die der Entscheidungsfrei-

heit des Congress bereits durch gesetzliche (Vor-)Festlegungen (*entitlements*) größtenteils entzogen wurden, sind 1,5 Billionen USD vorgesehen. Dazu zählen unter anderem die staatlichen Krankenversicherungs- und Fürsorgeprogramme *Medicare* (387 Mrd. USD), *Medicaid* (199,3 Mrd. USD) und *Social Security* (581,2 Mrd. USD). Für die Schuldenbedienung sollen 247,3 Mrd. USD in den Bundeshaushalt 2007 eingestellt werden.

Bushs Haushaltsvorstellungen, welche die nationale Sicherheit privilegieren, sind auf überparteiliche Kritik im Congress gestoßen.

Demokraten und moderate Republikaner warfen dem Präsidenten vor, die Ausgaben für Erziehung und Gesundheit sträflich zu vernachlässigen und kündigten Kurskorrekturen im Verlauf des Bewilligungsprozesses durch den Congress an. Kent Conrad (North Dakota), der führende Demokrat im Haushaltsausschuss des Senats, sprach von einem „fahrlässigen fiskalpolitischen Kurs der Bush-Administration“, der zudem die Kosten für den laufenden Krieg im Irak nicht einbeziehe.

Fiskalkonservative Republikaner bemängeln die Defizitentwicklung und bezweifeln, ob es Bush gelingen wird, das Defizit wie angekündigt bis zum Jahr 2009 zu halbieren. Tatsächlich scheint eine Haushaltskonsolidierung fraglich, so lange Bush an seinen Steuersenkungen festhält und die Kosten für die Militärpräsenz im Irak und in Afghanistan nicht drastisch verringert werden können.

Hinzu kommt, dass auf Grund der demographischen Entwicklung in den USA die Kosten für *Medicare*, *Medicaid* und *Social Security* weiter empfindlich ansteigen dürften, so dass der Direktor des OMB, Joshua B. Bolton, Anfang Februar 2006 auch öffentlich freimütig eingeräumt hat, dass eine langfristige, strukturell angelegte Haushaltskonsolidierung vor diesem Hintergrund eher fraglich erscheint.

4. Republikanische Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus wählt neuen *Majority Leader*

Die republikanische Fraktion im Repräsentantenhaus hat Anfang Februar 2006 in einer zwar nicht ganz überraschenden, doch bis zuletzt nicht sicheren Wendung John A. Boehner (Ohio) an Stelle des favorisierten Roy Blunt (Missouri) zum Nachfolger des abgetretenen *Majority Leader* Tom DeLay (vgl. CR 1/2006, S.4) gewählt.

Blunt, der die Funktion des Fraktionsvorsitzenden kommissarisch übernommen hatte, nachdem DeLay sein Amt auf Grund einer Anklageerhebung wegen rechtswidriger Wahlkampfspenden hatte vorläufig ruhen lassen (vgl. CR 9/2005, S. 1), verfehlte in einer ersten Abstimmung in der Fraktion die notwendige absolute Mehrheit der Stimmen.

Für Blunt stimmten 110 republikanische Abgeordnete, für Boehner 79, für John Shadegg (Ariz.) 40 und für Jim Ryun (Kan.) 2. In der Stichwahl zwischen den beiden führenden Kandidaten verhalfen die Unterstützer Shadeggs Boehner dann mit 122 gegen 109 Stimmen zum Sieg.

Boehners Wahl signalisiert keine politische Kurskorrektur in der republikanischen Führung, da er wie Blunt zum konservativen *Mainstream* der Fraktion gehört.

Demgegenüber sind die republikanischen Abgeordneten offensichtlich darum bemüht, sich unter den Vorzeichen der näher rückenden Zwischenwahlen im November vom umstrittenen früheren *Majority Leader* Tom Delay und der Serie von Korruptionsskandalen in seinem Umfeld zu distanzieren.

Während Blunt ein enger Vertrauter DeLays ist, wird Boehner zu der Gruppe von Abgeordneten um den früheren *Speaker* Newton Gingrich gerechnet, der unter dem Eindruck des erfolglosen Versuchs eines *Impeachment* gegen Präsident Clinton und auf Grund von Vorhaltungen wegen Verletzungen von *Ethics Rules* 1998 ausgeschieden war.

Blunt, der ungeachtet der schmerzlichen Niederlage an seiner Position als *Majority Whip* festhält, beteuerte öffentlich, dass er Boehners Sieg ohne Bitterkeit akzeptiert und kündigte die uneingeschränkte Unterstützung des neuen *Majority Leader* an. Der demonstrative Schulterschluss fügt sich nahtlos in das Bemühen der Fraktion, nach DeLays Ausscheiden keinen Eindruck innerparteilicher Zerstrittenheit aufkommen zu lassen.

Für Boehner und den in seiner Position bisher nicht in Frage gestellten *Speaker* J. Dennis Hastert (Ill.) gilt es nun, die in wichtigen Fragen (wie der Reform des Einwanderungsrechts, der inneren Sicherheit oder der Verschärfung der *Ethics Rules*) gesplattene Partei wieder zusammenzuschweißen und möglichst geeint in die Novemberwahlen zu führen.

5. Congress berät über Verschärfung der Verhaltensrichtlinien für seine Mitglieder

Das Repräsentantenhaus hat Anfang Februar 2006 eine Änderung der Geschäftsordnung, die den Zugang von Lobbyisten zu Abgeordneten einschränkt, vorgenommen.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Senats empfahl dem Plenum Ende Februar 2006, die Finanzierung von Reisen durch private Organisationen einzuschränken.

Die Resolution im Repräsentantenhaus (*House Resolution* 648), die unter anderem früheren Abgeordneten, die eine Tätigkeit als Lobbyisten aufgenommen haben, den Zugang zum Plenum wie zu den Sporteinrichtungen der Kammer verbietet, wurde mit

379 gegen 50 Stimmen angenommen. Die Empfehlung des *Senate Rules Committee* wurde ohne Gegenstimme an das Plenum weitergeleitet.

Mit diesen Initiativen reagiert der Congress auf eine Serie von Korruptionsaffären, zu deren Symbolfigur der gegenwärtig vor einem Bundesgericht wegen Betrugs und Bestechung unter Anklage stehende Lobbyist Jack Abramoff geworden ist (vgl. Cr 1/2005, S. 3).

Die breite überparteiliche Zustimmung zu den Vorlagen kann jedoch kaum über die tiefen Differenzen in den Fraktionen über die Neufassung der Verhaltensrichtlinien für das Verhalten von Congress und Lobbyisten hinwegtäuschen.

Obwohl zahlreiche Vertreter beider Parteien die ersten Beschlüsse als unzureichend bis unwirksam kritisierten, werden weitergehende Einschränkungen und Auflagen sehr kontrovers diskutiert.

Vor allem in der republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses war der Unmut über den zuvor nicht mit der Fraktion abgestimmten Vorstoß von *Speaker* J. Dennis Hastert zur Änderung der Geschäftsordnung nicht zu übersehen.

Der neu gewählte republikanische *Majority Leader*, John A.Boehner (Ohio), gilt als ausgesprochener Gegner verschärfter *Ethics Rules*. Er setzt wie viele seiner Fraktionskollegen vielmehr auf die Offenlegung der Kontakte zu Lobbyisten und will die Beurteilung des korrekten Verhaltens der Abgeordneten den Wählern überlassen.

Umstritten ist insbesondere das generell diskutierte Verbot der Finanzierung von Reisen von Parlamentariern durch private Organisationen, selbst wenn es dabei um klare Informationsreisen geht.

Selbst wenn die anstehenden *Midterm Elections* im November 2006 den offenen Widerstand gegen eine Revision des Verhaltenskodex politisch kaum erlauben, bleibt es angesichts des Dissenses in den republikanischen Fraktionen und der Flut von Einzelvorstößen fraglich, ob *Speaker* Hastert und der *Majority Leader* im Senat, Bill Frist (R-Tenn.) sich mit ihren Reformbemühungen am Ende werden durchsetzen können.

6. Kontroverse um geheime Abhörpraktiken hält an

Die Debatte um die Zulässigkeit und Kontrolle geheimer Abhörmaßnahmen der *National Security Agency (NSA)*, die Präsident Bush nach den Terrorangriffen von 2001 autorisiert hat, hält auch nach Anhörungen von Justizminister Alberto R. Gonzales vor den zuständigen Ausschüssen im Congress Mitte Februar 2005 unvermindert an.

Auslöser der Kontroverse zwischen Congress und Administration waren Berichte der *New York Times* vom Dezember 2005, die die Existenz eines geheimen Programms zur

Überwachung von Telefonaten und E-Mails zwischen US-amerikanischen und ausländischen Teilnehmern bekannt gemacht haben (vgl. CR 11-12/2005, S. 1).

Umstritten ist vor allem die gezielte Umgehung des unter dem *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) von 1978 eingerichteten Sondergerichts, welches dem Abhören derartiger Telefonate und E-Mails spätestens nach drei Tagen zustimmen muss.

Wie Justizminister Gonzales in Anhörungen vor dem Congress erklärte, hält die Administration daran fest, dass sie auf Grund des andauernden „Krieges gegen den internationalen Terrorismus“ und der verfassungsgemäßen Aufgaben des Präsidenten dazu ermächtigt ist, auch ohne Gerichtsbeschlüsse die Kommunikation von des Terrorismus verdächtigten Personen abzuhören.

Der Congress hat nach dieser Lesart darüber hinaus mit den Resolutionen zur Ermächtigung der Militäreinsätze in Afghanistan (2001) und Irak (2002) dem Präsidenten implizit freie Hand zum Ergreifen aller notwendigen Verteidigungsmaßnahmen gegeben. Zudem hat die Administration führende Vertreter beider Parteien so wie die zuständigen Ausschüsse im Congress über das Programm informiert.

Die demokratischen wie republikanischen Kritiker der Administration bekräftigten dagegen ihre Auffassung, dass weder der Kampf gegen den internationalen Terrorismus noch die Kriegsermächtigungen durch den Congress die Abhörpraxis der NSA rechtfertigen könnten.

Sollte die Administration Bedarf für die Ausweitung der Abhörbefugnisse zur Abwehr weiterer terroristischer Anschläge sehen, muss sie zusammen mit dem Congress hierfür eine neue gesetzliche Grundlage schaffen und Kontrolle durch Gerichte und die Legislative akzeptieren.

Lindsay O. Graham (R-S.C.), ein dezidiert konservativer Republikaner, der vor offener Kritik an der Administration allerdings nicht zurückschreckt, hielt der Administration vor, die Logik ihrer Argumentation führe zu einer generellen Aushebelung der in der Verfassung verankerten *checks and balances* und damit zu einer nicht akzeptablen Ausweitung der Macht des Präsidenten, die in der Konsequenz bürgerliche Freiheitsrechte bedrohe.

Die Vorbehalte gegen unkontrollierte Abhörmaßnahmen durch die Geheimdienste gegen US-Bürger und aufenthaltsberechtigte Ausländer werden augenscheinlich von einer größeren Anzahl der Mitglieder der republikanischen Fraktionen im Congress geteilt. Jedenfalls haben die Vorsitzenden der zuständigen Geheimdienstausschüsse erklärt, dass sie sich näher mit der Problematik beschäftigen wollen.

Angesichts der skeptischen Reaktionen auch in den eigenen Reihen hat die Administration zwischenzeitlich eingelenkt und signalisiert, dass sie sich in Kooperation mit der Legislative um eine gesetzliche Absicherung der Abwehrarbeit bemühen will.

Durch ein geheimes *Briefing* zu dem umstrittenen Programm, zu dem im Einklang mit den Bestimmungen des *Foreign Intelligence Surveillance Act* alle Mitglieder der Geheimdienstausschüsse von Senat und Repräsentantenhaus eingeladen wurden, ist es der Administration zunächst gelungen, den Unmut der republikanischen Fraktionen zu besänftigen und vorläufig eine Vertagung weiterer Anhörungen im Congress zu erwirken.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung um das Gleichgewicht zwischen Sicherheitsinteressen und bürgerlichen Freiheitsrechten wird damit kaum entschärft. Während sich republikanische *Hardliner* darauf verlassen, dass die Öffentlichkeit im Zweifel für die (nationale) Sicherheit vor dem Schutz der Privatsphäre optiert, zeigen laufende Meinungsumfragen von *Gallup* wie der *New York Times*, dass die Öffentlichkeit zwar das Abhören von mutmaßlichen Terroristen begrüßt, allerdings keine breit gefächerte Überwachung ohne gerichtliche Kontrollen wünscht.

Für Präsident Bush, der sich unverändert in einem Zustimmungstief zu seiner Amtsführung befindet, scheint eine Machtprobe mit dem Congress wenig aussichtsreich. Die Republikaner im Congress dürften mit Blick auf die Novemberwahlen umgekehrt wenig Interesse an einer offenen Konfrontation mit dem Präsidenten haben.

7. Kritik an geplantem Management von US-Häfen durch *DP World*

Im Congress ist die geplante Übernahme des Managements von sechs Container-Häfen in den USA durch *Dubai Ports (DP) World*, einer in Dubai ansässigen Firma, die Container-Terminals in 13 Staaten betreibt, auf scharfe überparteiliche Kritik gestoßen.

DP World hatte der Firma *Peninsular and Oriental Steam Navigation Co. (P&O)* im Dezember 2005 ein Übernahmeangebot gemacht und damit perspektivisch auch das Management für die US-Container-Terminals Baltimore, Miami, New Jersey, New Orleans, New York und Philadelphia an sich gezogen. Die Bush-Administration hatte nach einer Prüfung durch das interministerielle *Committee on Foreign Investment* im Februar 2006 Zustimmung signalisiert.

Im Congress brach daraufhin ein Sturm der Entrüstung aus, der sich vor allem an Sicherheitsbedenken entzündete. *Speaker Dennis J. Hastert* (R-Ill.) im Repräsentantenhaus griff die Administration öffentlich überraschend scharf an und verlangte mit Blick auf die sicherheitspolitischen Implikationen der geplanten Übernahme unverzüglich ein Moratorium. In eine ähnliche Richtung äußerte sich *Majority Leader Bill Frist* (R-Tenn.) im Senat. Andere republikanische Mitglieder des Congress wie Vito J. Fossella (N.Y.) im Repräsentantenhaus gingen noch einen Schritt weiter und behaupteten, dass *DP World* von einem Land mit „einer zweifelhaften Geschichte mit Blick auf terroristische Aktivitäten“ kontrolliert würde.

Auch die Demokratische Opposition in beiden Kammern des Congress stimmte in die Kritik ein. Im Senat kündigte Senatorin Hillary Clinton (D-N.Y.) an, dass sie eine Gesetzesinitiative gegen das Management von US-Häfen durch ausländische Firmen für erforderlich hält. Im Repräsentantenhaus warf Edward J. Markey (D-Mass.) der Administration vor, dass sie die Sicherheit der US-Häfen vernachlässige.

Einzig die Republikaner John McCain (Ariz.) und John W. Warner (Va.) stellten sich hinter die Bush-Administration und forderten den Congress zur Besonnenheit auf.

Die Bush-Administration hat zwischenzeitlich versucht, die Wogen zu glätten und eine zweite Überprüfung der geplanten Übernahme der Container-Terminals in den USA durch *DP World* angekündigt, die 45 Tage in Anspruch nehmen soll. Inwieweit es ihr bis dahin gelingt, die Kritiker im Congress zu besänftigen, ist allerdings fraglich. Zu groß scheint die überparteiliche symbolische Bedeutung, die das Thema im Congress hat, was Bush mit Blick auf die *Midterm Elections* auch gegenüber seiner eigenen Partei in die Defensive bringt.

8. Hausausschuss kritisiert Katastrophenschutzbehörden

Im Repräsentantenhaus hat ein von den Republikanern geführter Untersuchungsausschuss zu den Versäumnissen im Rahmen der Wirbelsturm-Katastrophe Katrina im Süden der USA Ende August 2005 (vgl. CR 9/2005, S. 1) die Bush-Administration scharf kritisiert.

In seinem Abschlussbericht spricht der Ausschuss von einem „Versagen der Führung“ und wirft dem Weißen Haus und dem Chef des *Department of Homeland Security*, Minister Michael Chertoff, mehr oder minder offen eklatantes Versagen vor.

Das Weiße Haus wird ferner gerügt, weil es dem Ausschuss für dessen Untersuchungen wichtige Dokumente mit Verweis auf das *Executive Privilege* des Präsidenten vorenthalten hat.

House Minority Leader Nancy Pelosi (D-Cal.) ging noch einen Schritt weiter und erklärte, dass die Reaktion der Bundesbehörden auf Katrina ein Beispiel für eine “Kultur der Korruption, der Kumpanei und Inkompetenz” sei.

Demgegenüber warf der neu gewählte republikanische Majority Leader John A. Boehner (Ohio) im Repräsentantenhaus Pelosi und den Demokraten vor, das Thema mit Blick auf die Novemberwahlen parteipolitisch ausschachten zu wollen – statt sich um die Sorgen der betroffenen Region und ihrer Bürger zu kümmern.

Einig sind sich die Parteien freilich in ihrer Kritik an der Katastrophenschutzbehörde FEMA (*Federal Emergency Management Agency*), die nach Ansicht vieler Mitglieder des Congress aus dem *Department of Homeland Security* ausgegliedert werden sollte.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

http://www.uni-kl.de/politik/pubs/congress_report